

SPD-Ortsverein Aschaffenburg-Nilkheim



Aschaffenburg, 7.4.2019

An den SPD-Stadtverband Aschaffenburg
Vorsitzender Manuel Michniok
Goldbacher Straße 31
Aschaffenburg

Hallo Manuel,

der SPD-Ortsverein Aschaffenburg-Nilkheim stellt folgenden Antrag, den der SPD-Stadtverband beschließen möge. Er soll danach im Stadtrat zur Abstimmung gestellt werden.

Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterstützen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die SPD beantragt den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen und einen entsprechenden Appell zu unterzeichnen. Der Appell lautet:

“Unsere Stadt ist besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung:

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und

sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

In Deutschland wurde dieser Appell bislang von folgenden Städten unterzeichnet: Mainz, Wiesbaden, Marburg, Köln, Potsdam, München, Göttingen, Reinheim, Dortmund, Bremen.

Wir beantragen diesen Appell in der nächsten Plenumsitzung zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Der SPD-Ortsverein Aschaffenburg Nilkheim

Dr. Reinhard Böhlau

Wolfgang Giegerich

Anne Lenz-Böhlau